

---

**P R O T O K O L L**  
**über die Sitzung des Kreistages des Landkreises Cloppenburg am**  
**Donnerstag, dem 19.12.2024, 15:00 Uhr, im Sitzungssaal 1 des**  
**Kreishauses in Cloppenburg**

**Anwesend**

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordneter Hermann Schröer

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordnete Carolin Abeln  
3. Kreistagsabgeordneter Jan Block  
4. Kreistagsabgeordneter Tobias Bohmann  
5. Kreistagsabgeordneter Rasmus Braun  
6. Kreistagsabgeordneter Stephan Christ  
7. Kreistagsabgeordneter Hannes Coners anwesend ab 15.12 Uhr  
(während TOP 9)  
8. Kreistagsabgeordneter Ulf Dunkel  
9. Kreistagsabgeordnete Ruth Fangmann  
10. Kreistagsabgeordneter Torben Haak  
11. Kreistagsabgeordneter Bernhard Hackstedt  
12. Kreistagsabgeordnete Johanna Hollah  
13. Kreistagsabgeordneter Herbert Holthaus  
14. Kreistagsabgeordneter Jens Immer  
15. Kreistagsabgeordneter Johannes Kalvelage  
16. Kreistagsabgeordneter Klaus Karnbrock  
17. Kreistagsabgeordneter Detlef Kolde  
18. Kreistagsabgeordneter Dirk Koopmann  
19. Kreistagsabgeordneter Rainer Kroner  
20. Kreistagsabgeordneter Dennis Löschen  
21. Kreistagsabgeordneter Sergei Meier  
22. Kreistagsabgeordneter Johann Meyer  
23. Kreistagsabgeordneter Gregor Middendorf  
24. Kreistagsabgeordneter Bernhard Möller  
25. Kreistagsabgeordneter Yilmaz Mutlu  
26. Kreistagsabgeordnete Ursula Niemeyer  
27. Kreistagsabgeordneter Josef Osterkamp  
28. Kreistagsabgeordnete Christa Preuth-Stuke  
29. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck  
30. Kreistagsabgeordneter Bernd Roder  
31. Kreistagsabgeordneter Martin Roter  
32. Kreistagsabgeordneter Sven Sager  
33. Kreistagsabgeordneter Stefan Schute  
34. Kreistagsabgeordnete Carolin Sibbel  
35. Kreistagsabgeordneter Henning Stoffers  
36. Kreistagsabgeordneter Jürgen Tabeling anwesend bis 16.30 Uhr  
37. Kreistagsabgeordneter Wilfried Thunert



- |                           |                     |
|---------------------------|---------------------|
| 38. Kreistagsabgeordneter | Frank Tönnies       |
| 39. Kreistagsabgeordneter | Dirk Vaske          |
| 40. Kreistagsabgeordneter | Dr. Sebastian Vaske |
| 41. Kreistagsabgeordnete  | Judith Vey-Höwener  |
| 42. Kreistagsabgeordnete  | Iris Wichmann       |
| 43. Kreistagsabgeordneter | Nils Wolke          |
| 44. Landrat               | Johann Wimberg      |

Verwaltung

- |                                |                |
|--------------------------------|----------------|
| 45. Kreisrat                   | Ansgar Meyer   |
| 46. Kreisrätin                 | Anne Tapken    |
| 47. Kreisverwaltungsdirektorin | Heike Honscha  |
| 48. Gleichstellungsbeauftragte | Marén Feldhaus |
| 49. Pressesprecher             | Sascha Rühl    |

Protokollführer/in

- |                       |                  |
|-----------------------|------------------|
| 50. Verwaltungswirtin | Stephanie Möller |
|-----------------------|------------------|

Es fehlte/n:

- |                           |                        |
|---------------------------|------------------------|
| 51. Kreistagsabgeordneter | Prof. Dr. Marco Beeken |
| 52. Kreistagsabgeordneter | Uwe Behrens            |
| 53. Kreistagsabgeordneter | Walter Lohmann         |
| 54. Kreistagsabgeordneter | Timo Elmar Schmidt     |
| 55. Kreistagsabgeordneter | Heiko Thoben           |

**Tagesordnung:**

- 1 . Eröffnung der Sitzung
- 2 . Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 . Feststellung der Tagesordnung
- 4 . Einwohnerfragestunde
- 5 . Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages vom 01.10.2024
- 6 . Durchführung einer überörtlichen Prüfung durch den Niedersächsischen Landesrechnungshof: "Die administrativ-organisatorische Vorbereitung der unteren Katastrophenschutzbehörden" V-KT/24/132
- 7 . Außerplanmäßige Auszahlung-Zuschuss DLRG Gerätewagen Tauchen in Höhe von 75.000,00 EUR V-KA/24/804
- 8 . Annahme von Zuwendungen - Förderung durch die Kleebaum-Stiftung für das Angebot an Schulen "Aufführungen des Theaterstückes upDATE" V-KA/24/805
- 9 . Fördermittel der EWE zur Förderung der Anschaffung von Material im Rahmen des Informatikunterrichts für die Albert-Schweitzer-Schule V-KA/24/806
- 10 . Allgemeine Vorschrift über die Festsetzung des Deutschlandtickets V-KA/24/809
- 11 . Hinweisgeberschutzgesetz: Abschluss einer Zweckvereinbarung V-KA/24/810
- 12 . Antrag des ‚Kidstime Deutschland e.V.‘ zur Finanzierung des Präventionsprojektes "Kidstime" im Landkreis Cloppenburg für die Jahre 2025 bis 2027 V-JHA/24/241/1
- 13 . Antrag des Kinderschutzbundes Oldenburger Münsterland e. V. auf Bezuschussung seiner Präventionsarbeit für die Jahre 2025 und 2026 V-JHA/24/247
- 14 . Antrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. auf finanzielle Unterstützung des Familienpatenprojektes im Landkreis Cloppenburg für die Jahre 2025-2027 V-JHA/24/248
- 15 . Antrag der Stiftung St. Vincenzhaus auf Finanzierung einer Vollzeitstelle zur Prävention von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche bei der Familienberatungsstelle des Landkreises Cloppenburg V-JHA/24/249

- 
- |      |   |                |
|------|---|----------------|
| 16 . | Antrag auf Gewährung einer dauerhaften institutionellen Förderung für das Kulturzentrum Mühlenberg mit Sägerei-Museum in Gehlenberg   | V-KUL/24/321   |
| 17 . | Förderung der Reparatur des Windrosenbocks an der Ebkensschen Windmühle in Barßel   | V-KUL/24/322   |
| 18 . | Antrag der Musikschule für den Landkreis Cloppenburg e.V. auf Gewährung eines erhöhten Festbetragszuschusses für das Haushaltsjahr 2025   | V-KUL/24/323   |
| 19 . | Antrag der Sportschule Lastrup auf Erhöhung des Zuschusses des Landkreises Cloppenburg für die Nutzung durch Sportvereine und andere Institutionen aus dem Landkreis Cloppenburg  | V-KUL/24/324   |
| 20 . | Förderung der Teilrevitalisierung der Windmühle Schute in Friesoythe - Gehlenberg   | V-KUL/24/332   |
| 21 . | Hotspot 23- Vielfalt in Geest und Moor; Sachstandsbericht und Mittelaufstockung   | V-PLA/24/417   |
| 22 . | Satzung des Landkreises Cloppenburg über die Festlegung von Schulbezirken für den Förderschwerpunkt „Sprache“ für die in Trägerschaft des Landkreises Cloppenburg stehenden Förderschulen Elisabethschule Friesoythe und Albert-Schweizer-Schule Cloppenburg ab dem Schuljahr 2025/2026 | V-SCHUL/24/247 |
| 23 . | Antrag der Paritätischen Suchthilfe Niedersachsen gGmbH auf Gewährung eines Zuschusses für die Drogenberatungsstelle Drobs Cloppenburg - Fachstelle für Sucht und Suchtprävention für die Jahre 2025 - 2027   | V-SOZ/24/182   |
| 24 . | Fortführung des Projektes "Arbeitsrechtliche Beratung für Arbeitsmigranten in prekären Beschäftigungsverhältnissen im Oldenburger Münsterland"  | V-SOZ/24/183   |
| 25 . | Finanzierung der Tagesbildungsstätten des Caritas-Vereins Altenoythe e.V.   | V-SOZ/24/184   |
| 26 . | Nahverkehrsplan 2024  | V-VERK/24/275  |
| 27 . | Haushalt 2025   | V-KA/24/811    |
| 28 . | Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten und wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses   |                |
| 29 . | Anregungen und Beschwerden  |                |
| 30 . | Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)   |                |
| 31 . | Mitteilungen  |                |



---

## 1. Eröffnung der Sitzung

---

Kreistagsvorsitzender Schröder eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und wies auf das heute zunächst letztmalig stattfindende Live-Streaming der Sitzung hin. Sodann erwähnte er die neue Sitzordnung und kündigte die Pfadfinderinnen und Pfadfinder an, die um ca. 16.00 Uhr das Friedenslicht in die heutige Kreistagssitzung brächten, so dass zu diesem Zeitpunkt die Sitzung kurzzeitig unterbrochen werden würde.

---

## 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

---

**Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wurde durch den Kreistagsvorsitzenden Schröder festgestellt.**

---

## 3. Feststellung der Tagesordnung

---

**Die Tagesordnung wurde vom Kreistag einstimmig beschlossen.**

---

## 4. Einwohnerfragestunde

---

Von der Einwohnerfragestunde wurde kein Gebrauch gemacht.

---

## 5. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages vom 01.10.2024

---

**Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages vom 01.10.2024 wurde einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen genehmigt.**

---

## 6. Durchführung einer überörtlichen Prüfung durch den Niedersächsischen Landesrechnungshof: "Die administrativ-organisatorische Vorbereitung der unteren Katastrophenschutzbehörden" Vorlage: V-KT/24/132

---

Kreistagsvorsitzender Schröder trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KT/24/132 vor.

**Der Kreistag nahm die Prüfungsmittelung zur Kenntnis.**

---

**7. Außerplanmäßige Auszahlung-Zuschuss DLRG Gerätewagen Tauchen in Höhe von 75.000,00 EUR  
Vorlage: V-KA/24/804**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KA/24/804 vor.

**Der Kreistag nahm die außerplanmäßige Auszahlung an den DLRG Friesoythe in Form eines Zuschusses als Defizitfinanzierung für die Anschaffung eines Gerätewagens Tauchen für den Katastrophenschutz in Höhe von 84.888,24 EUR im Haushalt 2025 und 84.888,24 EUR im Haushaltsjahr 2026 zur Kenntnis.**

---

**8. Annahme von Zuwendungen - Förderung durch die Kleebaum-Stiftung für das Angebot an Schulen "Aufführungen des Theaterstückes upDATE"  
Vorlage: V-KA/24/805**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KA/24/805 vor.

**Der Kreistag stimmte einstimmig der Förderung der Kleebaum-Stiftung in Höhe von 2.414,00 EUR für das Angebot an Schulen "Aufführungen des Theaterstückes upDATE" zu.**

---

**9. Fördermittel der EWE zur Förderung der Anschaffung von Material im Rahmen des Informatikunterrichts für die Albert-Schweitzer-Schule  
Vorlage: V-KA/24/806**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KA/24/806 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

**Der Landkreis Cloppenburg stimmt der Annahme der Fördergelder der EWE-Stiftung in Höhe von 2.820,00 EUR für die Albert-Schweitzer-Schule zu, um sie für das Projekt "Anschaffung LEGO® Education SPIKE™ Prime Set für den Informatikunterricht" zu verwenden.**

---

**10. Allgemeine Vorschrift über die Festsetzung des Deutschlandtickets  
Vorlage: V-KA/24/809**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KA/24/809 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

**Die Änderung der „Allgemeinen Vorschrift im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Landkreises Cloppenburg über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im öffentlichen Personennahverkehr ab dem 01. Januar 2025“ ist zu beschließen und bekannt zu machen.**

---

**11. Hinweisgeberschutzgesetz: Abschluss einer Zweckvereinbarung  
Vorlage: V-KA/24/810**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KA/24/810 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

**Der Landkreis Cloppenburg schließt eine Zweckvereinbarung mit den angehörigen Städten und Gemeinden über die Nutzung der internen Meldestelle des Landkreises nach dem HinSchG i. V. m. dem NHinMeldG entsprechend der der Vorlage beigefügten Anlage.**

**Gleichzeitig wird das RPA beauftragt, in der dort bereits eingerichteten Meldestelle die entsprechenden Aufgaben für die Städte und Gemeinden wahrzunehmen.**

---

**12. Antrag des ‚Kidstime Deutschland e.V.‘ zur Finanzierung des Präventionsprojektes "Kidstime" im Landkreis Cloppenburg für die Jahre 2025 bis 2027  
Vorlage: V-JHA/24/241/1**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte der Kreistagsabgeordneten Vey-Höwener das Wort.

Kreistagsabgeordnete Vey-Höwener, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-JHA/24/241/1 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

**Der Landkreis Cloppenburg gewährt dem Kidstime Deutschland e.V. zur Finanzierung des Präventionsprojektes „Kidstime“ für die Jahre 2025 bis 2027 einen jährlichen Zuschuss von bis zu 14.200,00 EUR für 12 Veranstaltungstage.**

---

**13. Antrag des Kinderschutzbundes Oldenburger Münsterland e. V. auf Bezuschussung seiner Präventionsarbeit für die Jahre 2025 und 2026  
Vorlage: V-JHA/24/247**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte der Kreistagsabgeordneten Vey-Höwener das Wort.

Kreistagsabgeordnete Vey-Höwener, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-JHA/24/247 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

**Der Landkreis Cloppenburg gewährt dem Kinderschutzbund Oldenburger Münsterland e. V. – zur Finanzierung seiner Präventionsarbeit für die Jahre 2025 und 2026 einen jährlichen Zuschuss von bis zu 58.900,00 EUR.**



---

**14. Antrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. auf finanzielle Unterstützung des Familienpatenprojektes im Landkreis Cloppenburg für die Jahre 2025-2027**  
**Vorlage: V-JHA/24/248**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte der Kreistagsabgeordneten Vey-Höwener das Wort.

Kreistagsabgeordnete Vey-Höwener, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-JHA/24/248 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

- a) **das Projekt Familienpaten wird vom Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) Cloppenburg e.V. fortgeführt**
- b) **die notwendige Finanzierung in Höhe von jährlich 20.020,00 EUR für die Jahre 2025 bis 2027 wird vom Landkreis Cloppenburg sichergestellt.**

---

**15. Antrag der Stiftung St. Vincenzhaus auf Finanzierung einer Vollzeitstelle zur Prävention von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche bei der Familienberatungsstelle des Landkreises Cloppenburg**  
**Vorlage: V-JHA/24/249**

---

Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erklärte sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nahm nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte der Kreistagsabgeordneten Vey-Höwener das Wort.

Kreistagsabgeordnete Vey-Höwener, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-JHA/24/249 vor.

Kreistagsabgeordnete Fangmann teilte mit, die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt hätte in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.11.2024 viel Zeit gekostet. Obwohl das Land hier zuständig sei, sollte die hier angesprochene Stelle ganz durch den Landkreis Cloppenburg bezahlt werden. Es ginge hier um Prävention im kinderreichsten Landkreis und auch darum, viele Probleme zu lösen. Die Notwendigkeit dieser Stelle sei bekannt. Kreistagsabgeordnete Fangmann bedaure es, falls die Übernahme der vollen Personalkosten abgelehnt werden sollte. Man müsse sich bei Zeiten um die Probleme kümmern.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

**Der Landkreis Cloppenburg gewährt der Stiftung St. Vincenzhaus die Finanzierung der Personalkosten für 50 % einer Vollzeitstelle zur Prävention von und direkter, sozialpädagogischer Beratung bei Gewalt gegen Kinder und Jugendliche bei der Familienberatungsstelle in Höhe von jährlich bis zu 42.980,00 EUR.**

---

**16. Antrag auf Gewährung einer dauerhaften institutionellen Förderung für das Kulturzentrum Mühlenberg mit Sägerei-Museum in Gehlenberg**  
**Vorlage: V-KUL/24/321**

---

Kreistagsabgeordneter Meyer erklärte sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nahm nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte der Kreistagsabgeordneten Wichmann das Wort.

Kreistagsabgeordnete Wichmann, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KUL/24/321 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

**Dem Heimatverein Gehlenberg-Neuvrees-Neulorup e.V. und der Dorfgemeinschaft Gehlenberg e.V. wird für das Kulturzentrum Mühlenberg mit Sägereimuseum in Gehlenberg ab dem Jahr 2025 eine dauerhafte institutionelle Förderung in Höhe von pauschal 2.000,00 EUR pro Monat, insgesamt also 24.000,00 EUR pro Jahr gewährt.**

---

**17. Förderung der Reparatur des Windrosenbocks an der Ebkensschen Windmühle in Barßel**  
**Vorlage: V-KUL/24/322**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte der Kreistagsabgeordneten Wichmann das Wort.

Kreistagsabgeordnete Wichmann, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KUL/24/322 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

**Der Landkreis Cloppenburg fördert die Reparatur des Windrosenbocks der „Ebkensschen Windmühle“ in Barßel mit einem Anteil von bis zu 30% der Gesamtkosten, höchstens mit 15.000,00 EUR sowie maximal bis zur Höhe des Finanzierungsanteils der Gemeinde Barßel.**

---

**18. Antrag der Musikschule für den Landkreis Cloppenburg e.V. auf Gewährung eines erhöhten Festbetragszuschusses für das Haushaltsjahr 2025**  
**Vorlage: V-KUL/24/323**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte der Kreistagsabgeordneten Wichmann das Wort.

Kreistagsabgeordnete Wichmann, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KUL/24/323 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

**Der Landkreis Cloppenburg gewährt der Musikschule für den Landkreis Cloppenburg e.V. einen Festbetragszuschuss in Höhe von 1.400.700,00 EUR für das Haushaltsjahr 2025.**

- 19. Antrag der Sportschule Lastrup auf Erhöhung des Zuschusses des Landkreises Cloppenburg für die Nutzung durch Sportvereine und andere Institutionen aus dem Landkreis Cloppenburg  
Vorlage: V-KUL/24/324**

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte der Kreistagsabgeordneten Wichmann das Wort.

Kreistagsabgeordnete Wichmann, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KUL/24/324 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

**Der Landkreis Cloppenburg gewährt der Sportschule Lastrup für dessen Nutzung durch die Sportvereine und Verbände aus dem Gebiet des Kreisportbundes Cloppenburg auf Grundlage der vorgelegten Preislisten ab dem Jahr 2025 und unter Anwendung des prozentualen Fördersatzes einen erhöhten Differenzausgleich.**

**Für Schulen, Kindergärten, Musikvereine sowie für den Caritasverein Altenoythe wird ab dem Jahr 2025 ebenfalls ein erhöhter Differenzausgleich entsprechend der Bezuschussung der Kreissportler gewährt.**

- 20. Förderung der Teilrevitalisierung der Windmühle Schute in Friesoythe - Gehlenberg  
Vorlage: V-KUL/24/332**

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte der Kreistagsabgeordneten Wichmann das Wort.

Kreistagsabgeordnete Wichmann, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-KUL/24/332 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

**Der Landkreis Cloppenburg fördert die Teilrevitalisierungskosten der „Windmühle Schute“ in Friesoythe – Gehlenberg mit einem Anteil von bis zu 25% der Gesamtkosten, höchstens mit 30.000,00 EUR sowie maximal bis zur Höhe des Finanzierungsanteils der Stadt Friesoythe.**

---

**21. Hotspot 23- Vielfalt in Geest und Moor; Sachstandsbericht und Mittelaufstockung**  
**Vorlage: V-PLA/24/417**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte Kreistagsabgeordneten Middendorf das Wort.

Kreistagsabgeordneter Middendorf, Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-PLA/24/417 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

**Unter dem Vorbehalt der Mittelaufstockung und Bewilligung weiterer Fördermittel des Bundes und Landes wird der Erhöhung des Eigenanteils um 172.500 EUR (10 %) zugestimmt.**

---

**22. Satzung des Landkreises Cloppenburg über die Festlegung von Schulbezirken für den Förderschwerpunkt „Sprache“ für die in Trägerschaft des Landkreises Cloppenburg stehenden Förderschulen Elisabethschule Friesoythe und Albert-Schweizer-Schule Cloppenburg ab dem Schuljahr 2025/2026**  
**Vorlage: V-SCHUL/24/247**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte Kreistagsabgeordneten Immer das Wort.

Kreistagsabgeordneter Immer, Vorsitzender des Schulausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-SCHUL/24/247 vor.

Kreistagsabgeordneter Kolde, Vorsitzender der SPD-Fraktion, teilte mit, in seiner Fraktion sei zu diesem Thema mehrmals getagt worden. Die Grenzen in der Schulbezirkssatzung sollten fließender sein. Die Förderschule in Friesoythe sei gebaut worden und diese Schule habe ihre Kapazitäten voll erschöpft, so dass weitere Schülerinnen und Schüler aus Friesoythe diese Schule nicht besuchen könnten. Deshalb würde sich seine Fraktion der Stimme enthalten.

Landrat Wimberg teilte mit, es werde keine Förderschule für eine bestimmte Kommune gebaut. Viele Schülerinnen und Schüler müssten den Weg zur Förderschule bewältigen. Bei einer Förderschule sei grundsätzlich nicht bekannt, wie viele Schülerinnen und Schüler diese besuchen werden. Dies sei anders als z. B. bei einer Grundschule, bei der anhand der Geburtenzahlen auch die Schülerzahlen hochgerechnet werden könnten. Außerdem wünsche der Gesetzgeber, dass eine Inklusion in der normalen Schulform erfolgen solle. Deshalb sei die Planung bei Förderschulen außerordentlich schwierig.

Weiter teilte Landrat Wimberg mit, dass bei der Albert-Schweitzer-Schule Räume leer stünden. Hier müsse ein Ausgleich gefunden werden. Der Kreistag habe die Verwaltung damit beauftragt, eine Lösung zu finden. Es sei dazu ein Arbeitskreis gegründet worden. Dieser Arbeitskreis habe einen einstimmigen Beschluss gefasst; auch mit Mitgliedern der SPD-Fraktion. Er würde sich deshalb wünschen, dass die SPD-Fraktion der Beschlussempfehlung zu diesem Tagesordnungspunkt zustimme.

**Der Kreistag beschloss einstimmig bei 11 Stimmenthaltungen Folgendes:**

**Der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für den Förderschwerpunkt „Sprache“ für die in Trägerschaft des Landkreises Cloppenburg stehenden Förderschulen Elisabethschule Friesoythe und Albert-Schweizer-Schule Cloppenburg ab dem Schuljahr 2025/2026 in der vorliegenden Entwurfsform wird beschlossen.**

**Eine jährliche Überprüfung der Schülerzahlen und dementsprechend der Schulbezirkssatzung soll erfolgen.**

- 23. Antrag der Paritätischen Suchthilfe Niedersachsen gGmbH auf Gewährung eines Zuschusses für die Drogenberatungsstelle Drobs Cloppenburg - Fachstelle für Sucht und Suchtprävention für die Jahre 2025 - 2027  
Vorlage: V-SOZ/24/182**

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte der Kreistagsabgeordneten Preuth-Stuke das Wort.

Kreistagsabgeordnete Preuth-Stuke, Vorsitzende des Sozialausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-SOZ/24/182 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig, der Paritätischen Suchthilfe Niedersachsen gGmbH für die Drogenberatungsstelle Drobs in Cloppenburg für die Haushaltsjahre 2025 - 2027 einen Zuschuss in Höhe von bis zu 265.000,00 EUR (2025), bis zu 276.000,00 EUR (2026) und bis zu 284.000,00 EUR (2027) als Defizitausgleich zu gewährt.**

- 24. Fortführung des Projektes "Arbeitsrechtliche Beratung für Arbeitsmigranten in prekären Beschäftigungsverhältnissen im Oldenburger Münsterland"  
Vorlage: V-SOZ/24/183**

Kreistagsabgeordneter Karnbrock erklärte sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befähigt und nahm nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte der Kreistagsabgeordneten Preuth-Stuke das Wort.

Kreistagsabgeordnete Preuth-Stuke, Vorsitzende des Sozialausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-SOZ/24/183 vor.

Kreistagsabgeordneter Dunkel, Vorsitzender der GRÜNE-Fraktion, führte an, das Projekt trüge schon einen besonderen Namen, nämlich „Arbeitsrechtliche Beratung für Arbeitsmigranten in prekären Beschäftigungsverhältnissen im Oldenburger Münsterland“. Er fände es schrecklich, dass Arbeitgeber sich nicht an geltendes Recht hielten. Diese Zustände müssten aufhören und nicht durch die Wirtschaftsförderung begünstigt werden.

Kreistagsabgeordneter Kolde, Vorsitzender der SPD-Fraktion, teilte mit, seine Fraktion zeige sich zufrieden damit, dass die arbeitsrechtliche Beratung bis zum 31.12.2026 fortgeführt

werde. Seine Fraktion stelle sich jedoch schon heute die Frage, was in zwei Jahren sein werde und ob eine Beratungsstelle in dieser Form dann nicht mehr notwendig sein würde. Er wies dabei auf menschenunwürdige Zustände in der hiesigen Boom-Region mit hohen Steuereinnahmen, die Schere zwischen Arm und Reich, Wirtschaftsbereiche, die Lohn-dumping betrieben und Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter gerade aus osteuropäischen Ländern ausbeuteten, sittenwidrige Vermietungen und kriminelle Machenschaften in diesem Bereich, über 4.000 Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter, die in über 300 Wohnhäusern und Wohnungen in ständiger Angst lebten, hin.

Kreistagsabgeordneter Kolde trug abschließend vor, dass sich der Kreistag damit beschäftigen müsse, was nach dem Jahr 2026, nach Ablauf des Beratungszeitraumes, passieren müsse und inwieweit eine Fortsetzung des Beratungsangebotes in welcher Form notwendig sei und bat darum, der Beschlussempfehlung zuzustimmen.

Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske, Vorsitzender der CDU-Fraktion, teilte mit, nicht Alles bewerten zu wollen. Man könne das hier vorliegende Projekt aber auch positiv bewerten; die Beratung habe eine Menge bewirkt und Missstände wurden auch bekannt. Heute würde über eine Gesamtsumme in Höhe von rund 86.000,00 EUR entschieden, bei dessen Befürwortung es den betroffenen Menschen besser ginge und sie einen Ansprechpartner hätten. Mit einer evtl. weiteren Fortführung des Projektes über das Ende des Jahres 2026 hinaus müsste sich der Kreistag frühzeitig beschäftigen. Er sprach sich dafür aus, heute den empfohlenen Beschluss zu fassen, damit es den betroffenen Menschen besser ginge.

**Der Kreistag beschloss einstimmig, vorbehaltlich der Förderung durch den Landkreis Vechta und das Bischöflich Münstersche Offizialat, die finanzielle Unterstützung des Projektes „Arbeitsrechtliche Beratung für Arbeitsmigranten in prekären Beschäftigungsverhältnissen im Oldenburger Münsterland“ weiterzuführen für den Zeitraum vom 01.02.2025-31.12.2026 in Höhe von 41.297,44 EUR im Jahr 2025 und 45.051,75 EUR im Jahr 2026, insgesamt 86.349,19 EUR.**

Im Anschluss an die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt unterbrach Kreistagsvorsitzender Schröer die Sitzung und begrüßte die Pfandfinderinnen und Pfandfinder, die das Friedenslicht aus Bethlehem in die Sitzung brachten. Anschließend setzte er die Sitzung fort.

## **25. Finanzierung der Tagesbildungsstätten des Caritas-Vereins Altenoythe e.V. Vorlage: V-SOZ/24/184**

Kreistagsvorsitzender Schröer erteilte der Kreistagsabgeordneten Preuth-Stuke das Wort.

Kreistagsabgeordnete Preuth-Stuke, Vorsitzende des Sozialausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-SOZ/24/184 vor.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

- 1. Für alle Schülerinnen und Schüler einer Tagesbildungsstätte, die vom Landkreis Cloppenburg ein Kostenanerkennnis für Eingliederungshilfeleistungen erhalten oder erhalten haben, wird im Sinne einer weiteren gesicherten Finanzierung der Beschulung bis zum Ende des Schuljahres 2024/2025, somit bis zum 31.07.2025 auch der darin enthaltene Anteil in Höhe von 42 % für den Kernbereich der**

**schulischen Bildung als freiwillige Leistung finanziert.**

- 2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Caritas-Verein Altenoythe e.V. die Umwandlung der Tagesbildungsstätte Sophie-Scholl-Schule in eine Förderschule GE voranzutreiben und dafür weiterhin gemeinsam mit der Arbeitsgruppe der Sozialdezernenten im ehemaligen Weser-Ems-Gebiet und dem NLT beim Land an die Sicherstellung der dafür erforderlichen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingung zu arbeiten.**

## **26. Nahverkehrsplan 2024 Vorlage: V-VERK/24/275**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte Kreistagsabgeordneten Kolde das Wort.

Kreistagsabgeordneter Kolde, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, trug den Sachverhalt gemäß Vorlage V-VERK/24/275 vor.

Kreistagsabgeordneter Christ wies darauf hin, die Aufstellung eines Nahverkehrsplans sei eine gesetzliche Pflicht und müsse fortgeschrieben werden. Der Landkreis Cloppenburg sei in den letzten Jahren vorangekommen. Es gäbe jedoch noch Luft nach oben. Es sei in den letzten Jahren viel erreicht worden, wie z. B. moobil+ und die Verbindungen in die Landkreise Emsland und Vechta. Die GRÜNE-Fraktion werde heute der Beschlussempfehlung zustimmen mit dem Hinweis, dass noch mehr möglich sei.

**Der Kreistag beschloss einstimmig Folgendes:**

**Der vorgelegte Nahverkehrsplan 2024 des Landkreises Cloppenburg in der Fassung vom 26.09.2024 mit Anlagen wird beschlossen.**

## **27. Haushalt 2025 Vorlage: V-KA/24/811**

---

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte zunächst Landrat Wimberg das Wort um den Haushaltsplanentwurf vorzustellen.

**Landrat Wimberg – Einführung in den Haushaltsplanentwurf**

Landrat Wimberg teilte mit, man müsse sich Zeit für die Beratung zum Haushalt nehmen, weshalb auch eine interfraktionelle Sitzung der Mitglieder des Kreistages zum Thema „Haushalt“ stattgefunden hätte. Er dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwaltung, die den Gruppen und Fraktionen mit Rat und Tat zur Seite gestanden und bei Bedarf den Haushaltsentwurf erläutert hätten.

Landrat Wimberg stellte sodann den Haushaltsplanentwurf 2025 gemäß den anliegenden Erläuterungen (Anlage 1) vor.

Nach dieser Einführung stellte Landrat Wimberg die wesentlichen Kennzahlen des

Haushaltsplanentwurfes 2025 anhand der als Anlage 2 beigefügten Power-Point-Präsentation vor.

Kreistagsvorsitzender Schröder erteilte sodann nacheinander den Fraktionen und Gruppen das Wort.

### **Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske – Stellungnahme der CDU-Fraktion**

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch in diesem Jahr möchte ich mich am Beginn meiner Ausführungen bei der Kreisverwaltung für die Vorstellung und die Erläuterungen zum Haushalt bedanken. Ein besonderer Dank gilt neben dem Landrat den Dezernenten Ansgar Meyer und Anne Tapken und natürlich auch an Frau Honscha mit Team. Die transparente Aufarbeitung, die Diskussionen rund um die Haushaltssitzungen und die schnellen und präzisen Antworten auf Nachfragen haben ganz erheblich dazu beigetragen, die Inhalte zu verstehen und daraus resultierende Entscheidungen zu treffen.

Einen herzlichen Gruß möchte ich an dieser Stelle an Ludger Frische übermitteln – er konnte krankheitsbedingt die diesjährigen Haushaltsberatungen nicht begleiten. Wir haben dich sehr vermisst und wünschen weiterhin alles Gute!

Liebe Kollegin und Kollegen!

Der Kreishaushalt ist keine einfache literarische Kost zum „Weglesen“; auch wenn beim Eintauchen in die Zahlenwelt gelegentlich atmosphärische Empfindungen eines Thrillers entstehen können. Im Gegensatz zu Kriminalfilmen konzentrieren sich Thriller ja weniger auf die Ermittlerperspektive, sondern erzählen von Figuren, die plötzlich in eine lebensbedrohliche oder ausweglose Lage geraten und zu Opfern eines Verbrechens werden (...). Ich komme auf diese Metapher zum Ende meiner Ausführungen noch mal zurück.

Meine Damen, meine Herren,  
wir haben heute über den Haushalt des Landkreises für das Jahr 2025 zu entscheiden.

Die finanzielle Situation des Landkreises Cloppenburg im Jahr 2025 ist geprägt von der Herausforderung, die notwendige finanzielle Stabilität mit einer zukunftsorientierten Investitionstätigkeit in Einklang zu bringen.

Eine verantwortungsvolle Haushaltsführung bedeutet aber nicht nur zu sparen, sondern vor allem kluge Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Es geht darum, die uns zur Verfügung stehenden Mittel so zu steuern, dass langfristige finanzielle Stabilität gewährleistet ist und gleichzeitig die Lebensqualität der Bürger verbessert wird. Wir benötigen daher eine klare Vision für die Zukunft, um diese mit einer soliden Finanzstrategie zu untermauern.

Meine Damen, meine Herren,  
der vorliegende Haushaltsentwurf kann Teil einer solchen Finanzstrategie sein!

Für uns steht fest, dass kluge Investitionen von Heute, das Fundament des Wohlstandes von Morgen sind. Darum bleiben wir unserer Haltung treu und investieren, in finanzpolitisch schwierigen Zeiten, in nachhaltige und zukunftsfeste Projekte.

Die Ausstattung der Schulen bleibt uns ein Herzensanliegen, für die Anschaffung von

Medien an Schulen, oder Baumaßnahmen wie der Neubau der BBS Technik, Sanierung der Albert-Schweizer-Schule, unser Beitrag an der Kreisschulbaukasse und vieles mehr. Wir tätigen Investitionen in die Kreisstraßen und die Radwege. Und auch die Wirtschaftsförderung bleibt stark ausgestattet – für den Breitbandausbau, für die Zuweisungen an die Gemeinden, für die Krankenhausstandorte.

Wir verabschieden heute einen Haushalt, der ein Gesamtvolumen von über 410 Mio. EUR. Der Anschein eines großen finanziellen Handlungsspielraumes trägt aber dabei. Wir wissen, dass nur etwas mehr als 7% freiwillige Leistungen sind. Wir werden bei diesen Ausgaben immer kritischer – allerdings wissen wir auch um die Bedeutsamkeit dieser Ausgaben, in Bezug auf die Wohn- und Lebens- und Arbeitsqualität.

Die Kulturförderung ist wichtig – genau wie Bildungs- und Teilhabeleistungen, der Pflege und Gesundheitsstützpunkte, oder auch die Förderung des Ehrenamtes. Wichtig, für die Stärkung unserer regionalen Identität, für die Förderung von Integration und sozialen Zusammenhalt – und all das kann auch eine wirtschaftliche Bedeutung erfahren, da man attraktiver für Fachkräfte wird und Besucher oder Touristen die lokale Wirtschaft stärken.

Schulsozialarbeit an Gymnasien war in diesem Jahr ein Thema, welches uns bei den freiwilligen Leistungen inhaltlich bewegt hat. Die Gründe für unsere ablehnende Haltung waren nie inhaltlicher Natur. Sie finden sich in dieser heutigen Beratung wieder: Unsere Verpflichtung die freiwilligen Leistungen nicht weiter auszuweiten – die verantwortlichen Stellen in die Pflicht zu nehmen und nicht als Ausfallbürge anderer politischer Ebenen vereinnahmt zu werden.

Meine Damen, meine Herren,  
der Haushalt schließt bei gleichbleibender Kreisumlage von 37 % mit einem Defizit von 37 Mio. EUR. Es waren in den ersten verwaltungsinternen Runden noch größere Defizite. Der Investitionsbereich ist durchforstet worden; Es ist priorisiert worden. Und es ist bewertet worden. Mit Blick auf die Investitionslisten sind in diesem Haushalt nur die Maßnahmen berücksichtigt, wo wir davon ausgehen müssen / und auch ausgehen wollen, dass diese im kommenden Jahr auch „kassenwirksam“ werden.

Frühere Haushalte sind oft im festgestellten Jahresabschluss besser ausgefallen, als wir es im Haushaltsplan angenommen haben. Wir haben uns oftmals zu viel vorgenommen. Aber in diesem Haushalt sollten wir nun nicht leichtfertig mit einer solchen Annahme umgehen – geschweige denn darauf spekulieren. Wir haben in diesem Monat erfahren, dass der Finanzbedarf des Landkreises deutlich höher war, als angenommen. Wir werden zum Jahresende bei einem Schuldenstand von 60 Mio. EUR angelangt sein. Vor 2 Jahren waren wir noch bei 8 Mio. EUR.

Ich habe es schon im letzten Jahr angemerkt – dieses Jahr ist es aber noch deutlicher und niemand kann mehr daran vorbeisehen:

Gut, dass wir die letzten Jahre genutzt haben, um den Schuldenstand abzubauen. Wo ständen wir heute, wenn wir noch einen Schuldensockel von 20 oder 30 Mio. EUR gehabt hätten. Es war richtig und wichtig, dass wir entschlossen den Weg der Entschuldung gegangen sind und die guten Jahre genutzt haben.

Auch unter der Lupe, dass sich die Konditionen am Kapitalmarkt gänzlich geändert haben. Vor wenigen Jahren hat man förmlich Geld dazu bekommen, wenn man einen Kredit aufgenommen hat. Heute müssen Darlehnszinsen wieder mit 3,5% - 4% kalkuliert werden – historisch immer noch moderat; aber die Aufwendungen für Zins und Tilgung werden deutlich zunehmen; in künftigen Haushalten Geld binden, ohne dass wir es angefasst haben.

Wir stehen hier gegenwärtig sicherlich noch solide da – aber wir müssen auch heute mutige Entscheidungen treffen, um uns mit den Darlehensschulden nicht zu überfordern. Die mittelfristige Finanzplanung lässt gegenwärtig nicht erkennen, dass wir den Schuldenstand wieder abbauen werden. Im Gegenteil. Allein im kommenden Jahr rechnen wir mit weiteren 23 Mio. EUR Kreditaufnahme.

16 Jahre, von 2006 bis 2022, haben wir gebraucht, um den Schuldenstand von 78 Mio. EUR auf 8 Mio. EUR zu reduzieren. Jetzt springen wir innerhalb von 3 Jahren wieder in die Höchststandskategorien – müssen bis Ende 2025 mit einem Schuldenstand von 73 Mio. EUR rechnen. Das ist eine brutale Wahrheit dieses Haushalts.

Was sind die Ursachen dafür? Die freiwilligen Leistungen sind es jedenfalls nicht. Wir verfahren hier nicht nach dem Motto „arm aber sexy“. Ich kann nicht erkennen, dass Geld verpulvert wird.

Die Investitionsmaßnahmen sind alle Zukunftsorientiert! Bildung, Betreuung und Verkehr – Ja, das Bauen ist teuer geworden. Für die öffentliche Hand insbesondere. Aber wir haben das immer wieder beraten. Auch interfraktionell – zuletzt noch bei der gemeinsamen Haushaltsvorstellung. Ich habe keine Idee, keine Initiative, keinen Antrag gehört, der die Streichung von beschlossenen Maßnahmen beinhaltet. Nur das, würde an den Ausgaben vorhaben etwas ändern – aber das will niemand; weil wir eben auch bei den Investitionen keinen Prunk und Protz finden.

Eine Ausnahme muss ich mit Blick auf die gemeinsame Investitionshaltung anmerken – der Ausbau der E233. Wir bewerten den Ausbau weiterhin als enorme Chance für den Landkreis und die ganze Region. Er wird die regionale Wirtschaft stärken, kann die Verkehrssicherheit verbessern, die Verkehrsüberlastung beheben und mit Blick auf die europäische Bedeutung, uns zu einem Punkt auf den Landkarten machen. Von daher wollen wir weiterhin alles tun, um die historische Chance der Umsetzung zu nutzen.

Aber noch mal zurück zur Ursachenforschung:

Was unseren Haushalt schon enorm prägt, sind die Aufgaben, die wir im Rahmen des übertragenen Wirkungskreises wahrnehmen. Also Aufgaben, die wir als Kommune vom Bund oder vom Land zur eigenverantwortlichen Erledigung übertragen bekommen haben. Hier sticht insbesondere der Bereich Sozialwesen hervor. Die Umsetzung der Sozialgesetze. Sozialhilfe, Eingliederungshilfe, Anträge für Wohngeld oder Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Ich möchte an dieser Stelle sehr genau verstanden werden – denn es geht mir persönlich und auch meiner Fraktion überhaupt nicht um ein Sozial-Bashing. Ganz im Gegenteil. Wir sind ein starkes Land und sollen unserer sozialen Verpflichtung auch nachkommen. Aber das die Kosten der Kommunen für die Übernahme der Aufgaben nicht vollumfänglich übernommen werden, das darf nicht sein!

Allein in diesem Jahr müssen wir davon ausgehen, dass wir in einer Größenordnung von 100 Mio. EUR Kosten nicht erstattet bekommen. Bund und Land arbeiten hier mit dem Geld der Kommunen, um eigenen Schulden zu entgehen. Das darf nicht sein. Das darf man nicht so einfach hinnehmen. Und da hätte ich mir durchaus einen größeren Aufschrei aus unseren Reihen gewünscht. Hier verlieren wir Geld, welches uns im eigenen Wirkungskreis fehlt.

Und weil es an dieser Stelle inhaltlich passt:

Wer ist eigentlich für die Finanzierung der Krankenhäuser in dieser Republik zuständig?

In allen Redebeiträgen der letzten Haushaltssitzung war die Situation unserer Krankenhäuser ein Schwerpunktthema. Wir haben unsere Solidarität bekundet, Hilfen in Aussicht gestellt und die Entscheider in Hannover bzw. Berlin für die strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser kritisiert.

Ein Jahr später müssen wir leider feststellen: die Situation hat sich nicht verbessert. Es geht den Häusern finanziell schlechter. Und spätestens mit der Entscheidung, dass der so wichtige Inflationsausgleich nicht kommt, geht es für viele Häuser um die nackte Existenz.

Das Land ist für die Investitionskosten zuständig, die Kassen für die Betriebskosten und der Bund für die Gesetzgebung und auch Förderungen. Klare Regelungen. Eigentlich, denn viele Kommunen sehen sich gezwungen, mit ihren Haushaltsmitteln die Defizite der Häuser auszugleichen. In den vergangenen Jahren ist so ein Milliardenbetrag zusammengekommen, der an kommunale und universitäre Häuser querfinanziert wurde. Das ist ein Skandal. Die Sonntagsreden und Lippenbekenntnisse der Entscheidungsträger müssen aufhören. Wenn kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum wirklich gewollt sind, und diese eine Grund- oder Regelversorgung vorhalten sollen, dann müssen die Voraussetzungen entsprechend gestaltet werden. Wenn man dies nicht möchte, dann muss das endlich gesagt werden. So, wie es jetzt den Anschein hat, dass eine stille Bereinigung durch Insolvenzen den Markt regeln soll, das darf nicht sein.

Und ich möchte unseren Krankenhausträgern die Gewissheit geben, dass wir sie hier nicht alleine lassen werden. Wir sind sehr entschlossen, unseren Beitrag zu leisten, dass die Standorte eine Zukunftsperspektive behalten. Sowohl finanziell als auch ideell.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
wir nähern uns nun der zentralen Frage der Haushaltsberatung. Wie müssen wir die Einnahmesituation seriös und verantwortungsvoll aufstellen?

Da die Kreisumlage die einzige nennenswerte Finanzierungsquelle des Landkreises ist, wissen wir alle, dass hier der Hebel ist. Wir waren in den vergangenen Jahren in der glücklichen Lage, die Kreisumlage wiederholt zu senken – bis zu einem niedrigen Stand von 33%. Seit 2022 geht es wieder aufwärts.

Ich bin erfreut und auch dankbar, dass es im Austausch mit den Bürgermeistern – über den Städte- und Gemeindebund – gegenwärtig einen konstruktiven und lautlosen Austausch gibt. Auch von dort wird in der Stellungnahme zum Haushalt eine Anpassung der Kreisumlage als nachvollziehbar bewertet. Dass es im Interesse der Bürgermeister eine möglichst moderate Anpassung sein sollte, ist selbstverständlich. Denn die Kommunen sind mit den gleichen Problemen konfrontiert wie der Landkreis.

Meine Damen, meine Herren,  
Um das vorhin beschriebene Defizit von 37 Mio. EUR abzufedern und finanzielle Handlungsspielräume zu erhalten, kommen wir um eine Erhöhung der Kreisumlage nicht herum. Mit Blick auf den höher ausgefallenen Schuldenstand dieses Jahres und den schlechteren FAG-Zahlen und der auch perspektivisch schwierigen wirtschaftlichen Lage unseres Landes, Stichwort Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen, ist es unsere Überzeugung, dass wir das Defizit um 10 – 15 Mio. EUR kleiner halten müssen.

1 Punkt Kreisumlage bedeutet Mehreinnahmen in Höhe von ca. 2,8 Mio. EUR für den Landkreis. Wir beantragen daher, die Kreisumlage um 4 % auf dann 41% zu erhöhen. Das ist viel – aber mit Nichten ein historischer Höchststand. Die Mehreinnahmen von 11 Mio. EUR dienen nur einer Verringerung des Defizits – wir werden allenfalls weniger

Kredite benötigen; wir schaffen dadurch keine Rücklagen, sondern bewahren Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft; die viele finanzielle Unwägbarkeiten offenbart.

Ich möchte zum Abschluss noch mal auf die Metapher vom Thriller kommen. Lebensbedrohlich – ausweglos – Opfer

Nein, unsere finanzielle Lage ist (noch) nicht lebensbedrohlich. Aber sie ist ernst. Und darum müssen wir sie auch ernst nehmen und als verantwortliche Handlungsakteure klare und mutige Entscheidungen zum Wohle der 14 Kommunen: Kreis und Städte und Gemeinden treffen – in enger und geschwisterlicher Zusammenarbeit mit den Räten und Bürgermeistern.

Ausweglos ist unsere Lage auch nicht. Deutschland, und insbesondere das OM, sind aus Krisen immer wieder gestärkt herausgekommen. Uns verbindet wirtschaftliche Dynamik mit hoher Lebensqualität. Die junge Bevölkerung, die wirtschaftliche Stärke durch die Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie der Industrie und dem Handwerk – wir haben viel auf der Habenseite.

Und wir sind sicherlich auch kein Opfer – aber vielleicht müssen wir doch lauter in der Artikulation unserer Interessen werden. Die 100 Mio. EUR fehlende Refinanzierung tun uns sehr weh und die unrühmliche Umgangsweise mit unseren Krankenhäusern muss uns eigentlich parteiübergreifend peinlich berühren. Hier braucht es Lösungen, die nicht auf den Schultern der Kommunen lasten dürfen.

Meine Damen, meine Herren,  
es wäre ein starkes Zeichen der Geschlossenheit, wenn wir diesen Haushalt gemeinsam beschließen würden. Ich werbe deshalb um eine breite Unterstützung unseres Vorschlages.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!“

### **Kreistagsabgeordneter Kolde – Stellungnahme der SPD-Fraktion**

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat Wimberg, verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Kreisverwaltung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir stellen fest, die Finanzsituation des Landkreises Cloppenburg ist nicht mehr ganz so gut, wie in den letzten Jahren, dennoch wurden immer ganz gute Haushaltsergebnisse erreicht, insbesondere im Vergleich zu anderen Landkreisen. Wie erwartet, haben wir mehr Leistungen im Bereich Sozialwesen, der Jugendhilfe zu meistern und müssen mehr Ausgaben für Bildung und Pflege/Krankenhäuser auch zukünftig veranschlagen, da wir stetig bevölkerungsmäßig ein wachsender Landkreis sind.

Trotz allem können wir sagen, wir sind doch recht gut aufgestellt. Die Summe der ordentlichen Erträge steigt auf ein Rekordniveau von über 410,8 Mio. EUR und wird auch in den nächsten Jahren noch weiter ansteigen. Das rechnerische Defizit im Ergebnishaushalt von 38 Mio. EUR dürfte in dieser Höhe vermutlich nicht anfallen. Auch im Finanzhaushalt für 2025 haben wir bei der Einzahlung von über 397 Mio. EUR und dem Aufwand von 427 Mio. EUR ein Defizit von knapp 30 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese planbaren Zahlen werden wir wohl nicht erreichen. Die Prognosen der Ergebnisse für das laufende Jahr 2024 belegen diese These. Die Ansätze im Ergebnishaushalt von minus 21 Mio. EUR wird vermutlich ein Ergebnis von 18,85 Mio. EUR erbringen, wobei der Ansatz für die

Finanzierungstätigkeit von 41,77 auf 13,5 Mio. EUR prognostiziert wird.

1999 hatte der Landkreis noch einen Schuldenstand von 86 Mio. EUR und lag damit über 60% des Landesdurchschnitts. Bis zum Jahr 2021 wies der Haushalt einen Schuldenstand von 10,2 Mio. EUR auf. Wir liegen seit Jahren deutlich unter dem Landesdurchschnitt. In den letzten 20 Jahren haben wir rund 76 Mio. EUR getilgt. Im letzten Jahr wurde für langfristige Kredite ein Ansatz von über 62,5 Mio. EUR beschlossen, wobei sich der Schuldenstand 2024 bislang auf 42,83 Mio. EUR belaufen dürfte.

In den Städten und Gemeinden haben wir über die letzten 10 Jahre gesehen einen gleichbleibenden Schuldenstand in Höhe von über 110 Mio. EUR. Aktuell soll sich der Schuldenstand in einer Größenordnung von über 124 Mio. EUR bewegen – Tendenz steigend.

Im Landkreis wurden im selbigen Zeitraum bis 2021 die Schulden um über 80 Prozent von 52,9 auf 10,15 Mio. EUR gesenkt. Im Jahr 2023 stand ein Ansatz von 54 Mio. EUR dem tatsächlichen Ergebnis von 31,77 Mio. EUR gegenüber. Auch für dieses Jahr wurde ein sehr hoher Ansatz von 71,1 Mio. EUR gewählt, obwohl der aktuelle Schuldenstand im dritten Quartal noch auf 42,83 Mio. EUR und heute auf ca. 60 Mio. EUR berechnet wird.

Bei der Kreditaufnahme für 2024 wurde von einer Höhe von 41,77 Mio. EUR (Haushalt 2023 von 48,73 Mio. EUR) ausgegangen und im Ergebnis wurden Einzahlungen für Finanzierungstätigkeiten in Höhe von 13,5 Mio. EUR im Jahr 2024 als Prognose und im Jahr 2023 von 24,5 Mio. EUR getätigt, also eine deutliche Halbierung zwischen dem Ansatz und der tatsächlichen Ergebnisse. Für das Jahr 2025 plant die Verwaltung eine Kreditaufnahme von über 20 Mio. EUR ein.

Bedingt der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit sind wir als SPD-Fraktion nicht davon überzeugt, dass wir die Kreditaufnahme in dieser Höhe benötigen. Die vorgestellten Haushaltsbilanzen haben zu diesem Zahlenspiel doch sehr hohe Reserven angesammelt und können daher auch zum Teil haushaltsrechtlich genutzt werden.

Wir können durchaus sagen, einige Rücklagenkonten sind doch ganz gut gefüllt, zumal das Basisreinvermögen bis zum Jahr 2022 auf über 97,35 Mio. EUR angestiegen ist. So wurden im Jahr 2018 über 30 Mio. EUR und damit ein erheblicher Teil der Überschussrücklagen in Basisreinvermögen umgewandelt, wodurch das Basisreinvermögen von 65,9 Mio. EUR auf 97,4 Mio. EUR anstieg. Die Höhe des Basisreinvermögens hat heute noch Bestand. So hatten wir im Jahr 2020 im Ergebnis über 100 Mio. EUR, in den Jahren 2021, 2022 und 2023 um die 97,2 Mio. EUR als Rücklage zu verzeichnen.

Die in Basisreinvermögen umgewandelten Überschüsse könnten teilweise zum Ausgleich von Fehlbeträgen verwendet werden, wenn ein Abbau der Fehlbeträge trotz Ausschöpfung aller Ertrags- und Sparmöglichkeiten nicht auf andere Weise möglich ist. Davon wird aber kein Gebrauch gemacht, weil der doch finanzstarke Landkreis, auch im landesweiten Vergleich, es einfach nicht nötig hat!

In diesem Jahr werden wir Auslagen für Planungskosten und Grundstückskäufe für den vier-streifigen Ausbau der E 233 in Höhe von 16,062 Mio. EUR mit leichter Stagnation aus dem Vorjahr erwarten dürfen, wobei wir weiterhin von einer Rückerstattung dieser Kosten ausgehen können.

Wer ganz bewusst als Autofahrer auf diesem Streckenabschnitt fährt, dem dürfte klar sein, dass die aktuelle verkehrliche Situation auf dieser gefährlichen Strecke untragbar ist und die Verkehrs- und Straßenbaubehörden handeln müssen.

Die SPD-Fraktion steht zu diesem größten Bauprojekt, was der Landkreis Cloppenburg jemals schaffen wird. In unseren Augen machen wir Fortschritte bei der Planungsumsetzung und werden dankenswerter Weise in jeder Verkehrsausschusssitzung über den Planungsstand informiert.

Natürlich gehört auch Kritik dazu und es gibt nicht nur Befürworter des Ausbaus. Aber jetzt das Bauvorhaben bedingt der steigenden Planungskosten stoppen zu wollen, halten wir nicht für zukunftsweisend. Das Bauvorhaben ist keine Autobahn und ist auch kein Widerspruch zu einer beabsichtigten und erforderlichen Verkehrswende. Die Berichterstattungen einiger Ausbaugegner sind faktisch falsch, wie die angebliche Möglichkeit einer 2+1-Fahrbahn oder zukünftig fehlende Lärmschutzwände.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sie sehen also, unsere Finanzlage hat sich gegenüber 2023 und 2024 zwar verschlechtert, aber sie ist immer noch als angemessen zu bezeichnen.

Das liegt aber nicht daran, dass wir besonders sparsam wirtschaften, sondern es liegt daran, dass die Zuwendungen und Umlagen stetig steigen. Der Haushaltsposten „Zuwendungen und Umlagen“ besteht zum größten Teil aus den Einnahmen der Kreisumlage.

Bei der ersten Vorstellung des Haushalts kam noch die Ankündigung, dass eine rechnerische Erhöhung der Kreisumlage um 13 Punkte erforderlich sei, um den Haushalt ausgleichen zu können. Dann der Vorschlag unter der Beteiligung und Anhörung aller kreisangehörigen Kommunen, von 4 Punkten Erhöhung auf 41 Punkte ausgehen zu müssen, damit der Kreistag gemäß rechtlichen Vorgaben noch einen gewissen Spielraum bei der Findung der Kreisumlagepunkte bis zu 41 Punkten hat und nun die Absicht der CDU-Fraktion, die Kreisumlage um tatsächliche vier Punkte auf 41 zu erhöhen.

Dazu stellen wir Folgendes fest: Der Landkreis konnte sich in der Vergangenheit im Vergleich zu den Gemeinden überproportional entschulden. Diese Fakten können auch nicht widerlegt werden. Es kommt hinzu, dass die Kreisumlage bis zum Jahr 2021 zwar gesenkt wurde, die von den Städten und Gemeinden aber zu zahlende Gesamtsumme an Kreisumlage trotzdem jedes Jahr gestiegen ist. Der Landkreis unterliegt dem finanziellen Gleichrang mit allen Kommunen und muss daher besonders darauf achten, dass der Kreis seine finanziellen Belange nicht einseitig gegenüber den Cloppenburger Städten und Gemeinden durchsetzt. Vor allem die kleineren Kommunen geraten ins Hintertreffen.

Hinzu kommen teilweise undurchsichtige Haushaltsreste: Neuveranschlagungen von Haushaltsresten aus dem Haushalt 2021 in Höhe von rund 12,9 Mio. EUR, zum Haushalt 2022 von rund 15 Mio. EUR.

Schauen wir uns die Haushaltsreste aus dem Jahr 2023 für 2024 etwas genauer an, so müssen wir feststellen, dass die größeren Positionen über 400.000,00 EUR verspätet kassenwirksam werden. Dieses dürfte vermutlich im nächsten Jahr nicht anders sein.

Einige Beispiele aus 28 Positionen –

Neubau Tierheim 989 T EUR, FTZ-Pflasterung, Zaun pp. 1,344 Mio. EUR, Baumaßnahme Schule und Sporthalle Friesoythe knapp über 2 Mio. EUR, BBS Technik Abbruch und Neubau 3,345 Mio. EUR, Zuweisung Sanierung St. Josefs-Hospital Cloppenburg von 1 Mio. EUR, Erweiterung Sportschule Lastrup 2,47 Mio. EUR, Zuweisung Kunstrasenplätze 800 T EUR, Breitband 17,548 Mio. EUR, Zuweisungen an Gemeinden Wirtschaftsförderung in Höhe von 2,517 Mio. EUR und weitere Buchungsposten.

Zusammenfassend kann man feststellen, wir hatten aus dem Jahr 2023 für 2024 bei den Positionen ab 400.000,00 EUR bereits Haushaltsreste von über 18,14 Mio. EUR (in den Vorjahren noch 13,4 und 9,2 Mio. EUR).

In den Haushaltsberatungen haben wir feststellen müssen, dass für Kriegsvertriebene aus der Ukraine kein Ausgleich des Landes für die Mehraufwendungen bei den Unterkunftsleistungen eingeplant ist, obwohl 79 Mio. EUR als Kostenausgleich in Niedersachsen eingeplant sind und hier eine Nachzahlung erfolgen wird, so dass man eine finanzielle Prognose erstellen könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines möchten wir zum Thema Kreisumlage klarstellen:

Die SPD-Kreistagsfraktion will auf keinen Fall eine Erhöhung der Kreisumlage um vier Punkte. Die SPD-Kreistagsfraktion hat in mehreren Haushaltssitzungen die bisherigen Ergebnisse im ersten und zweiten Entwurf des Haushaltsplanes 2025 des Landkreises Cloppenburg diskutiert. Zum Kreishaushalt wurde einstimmig von den SPD-Kreistagsmitgliedern beschlossen, dass die Kreisumlage, bedingt der aktuellen finanziellen Lage, auf zwei Punkte erhöht werden soll.

Betrug die Gesamtkreisumlage im Jahr 2023 noch 87,41 Mio. EUR und im Jahr 2024 über 100 Mio. EUR, so werden für das Jahr 2025 bei 39 Punkten 108,22 Mio. EUR und bei 41 Punkten 113,77 Mio. EUR berechnet.

Bevor es zu einer deutlichen Erhöhung der Kreisumlage und damit zu einer finanziellen Mehrbelastung der Städte und Gemeinden in Höhe 2,77 Mio. EUR je Punkt kommt, sollten andere beeinflussbaren Finanzbedarfe überprüft werden, wie auch die Schuldenpolitik.

Andere haushaltspolitische Betrachtungen rechtfertigen aber auch keine Beibehaltung der Kreisumlage von 37 Punkten. Allein nach Einschätzung der Bürgermeisterin und der Bürgermeister scheint eine Erhöhung der Kreisumlage um zwei Punkte wohl passend zu sein.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Viele von Euch sind ebenso auch als Ratsvertreter in ihren Heimatkommunen tätig und damit nicht nur den finanziellen Haushalten des Landkreises verpflichtet, sondern sollten durch die Stimmenabgabe hier im Hause für ein ausgewogenes Verhältnis der Finanzen sorgen.

Eine Abstimmung für den Kreishaushalt mit einer Kreisumlage von 41 Punkten ist auch gleichzeitig eine Abstimmung gegen die 13 kommunalen Städte und Gemeinden im Landkreis Cloppenburg, zumal die ja von sich aus bereits für die Anhebung der Kreisumlage um zwei Punkte plädiert haben, was für die Städte und Gemeinden eine weitere Mehrbelastung von 5,55 Mio. EUR bedeutet.

Eure Bürgermeisterin und die Bürgermeister können hier aber nicht abstimmen, sondern die Verantwortung liegt allein bei Euch! Eine Verantwortung für die zukunftsweisenden Finanzen in unserem Landkreis.

Des Weiteren wissen wir doch schon heute, dass wir sehr höchstwahrscheinlich im nächsten Jahr, bedingt der anteiligen Kostenübernahme für die Betriebskosten der Kindergärten durch

den Landkreis, mit einem Nachtragshaushalt im August 2025 rechnen müssen. Dieser dürfte mit einer weiteren Erhöhung der Kreisumlage einhergehen.

### **Krankenhausplanung:**

Die Krankenhausstruktur in Deutschland wird sich verändern. Krankenhäuser werden von der Anzahl her zusammengestrichen, man lernt aus den Fehlern der Vergangenheit. Die Krankenhäuser in Cloppenburg und Friesoythe leisten einen enormen Beitrag zur Sicherstellung der gesundheitlichen Daseinsvorsorge vor Ort. Das muss auch weiterhin so bleiben! Dafür müssen wir als Landkreis Cloppenburg sorgen und auf die finanziell angespannte Situation reagieren, damit die Ursachen der hohen Betriebskosten und der Fachkräftemangel behoben werden.

Eines kann man aber sagen, wir alle werden um den Erhalt kämpfen und wenn nötig, in rechtmäßiger Form finanziell unterstützen. Wichtig ist dabei, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Fachpersonal in den Krankenhäusern, im gesamten Veränderungsprozess mitgenommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir leben in schwierigen Zeiten, in Zeiten von Krisen und Kriegen. Putin hat bereits seit fast drei Jahren den Tod und das unnötige Leid unzähliger Menschen zu verantworten. Seit dem Überfall der Hamas und der Kriegssituation im Gaza-Streifen erleben wir seit über einem Jahr tagtägliche Schreckensmeldungen.

Dieses hat gravierende Auswirkungen auch auf uns, in wirtschaftlicher Hinsicht, aber auch folgend mit einem starken Zugang von Flüchtlingen. Die Flüchtlingssituation wird sich durch den Aufstand in Syrien nicht von heute auf Morgen ändern, wie einige Rechtspopulisten meinen, und auch das ganze Wahlkampfgetöse und die Einsetzung eines Kopfgeldes für die Heimatrückkehr sollte unterbleiben.

Zum Schluss möchten wir Danke sagen. Wir danken den Herren Landrat Johann Wimberg, Ansgar Meyer und Frau Anne Tapken und vor allem Frau Heike Honscha, Kerstin Renken und Malte Sinnigen für die Beantwortung unserer Fragen, für die umfangreiche Vorstellung des Haushalts 2025.

Beste Grüße auch an Ludger Frische, wir wünschen ihm alles Gute!

Großen Dank auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Cloppenburg, die für alle Bürgerinnen und Bürger ihre tagtägliche Arbeit verrichten.

Wir bedanken uns hier im Sitzungssaal bei allen demokratischen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank für das Zuhören!“

### **Kreistagsabgeordneter Mutlu – Stellungnahme der FDP-BLC-Gruppe**

„Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst einmal möchte ich mich herzlich bei allen bedanken, die an der Aufstellung des diesjährigen Haushalts des Landkreises Cloppenburg mitgewirkt haben. Ein besonderer Dank gilt dem Team der Kämmerei, das mit großem Engagement und Sorgfalt diese Grundlage für unsere Arbeit geschaffen hat. Ein Haushalt ist mehr als Zahlen auf Papier. Er zeigt, wo wir stehen und wo wir hinwollen. Unsere Aufgabe als Landkreis ist gewichtig und wichtig.

### **Wirtschaftliche Lage – Herausforderung und Handlungsbedarf**

Die wirtschaftliche Lage stellt uns vor neue Herausforderungen. Eine schwache Wirtschaft trifft Kommunen und Gemeinden meist zeitversetzt. Die Einnahmen sinken, während die Kosten weiter steigen. Was wir hier im Landkreis Cloppenburg jedoch feststellen müssen: die Auswirkungen sind bereits jetzt spürbar.

Ein Blick auf die Stadt Cloppenburg zeigt: noch spürt man dort kaum die Auswirkungen der aktuellen wirtschaftlichen Gesamtsituation. Doch wir wissen, dass sich die Folgen in den kommenden zwei bis drei Jahren unweigerlich bemerkbar machen werden – in den Steuereinnahmen, bei der Gewerbesteuer und in den kommunalen Haushalten. Wir müssen jetzt handeln. Es ist unsere Aufgabe, vorausschauend zu agieren und finanzielle Spielräume zu sichern.

### **Zukunft des Krankenhauses Cloppenburg – Verantwortung übernehmen**

Ein zentraler Punkt unserer Arbeit ist und bleibt die Zukunft des Krankenhauses Cloppenburg. Dieses Krankenhaus ist für die Menschen in unserer Region unverzichtbar. Doch die Herausforderungen sind bekannt: finanzielle Defizite, organisatorische Schwierigkeiten, fehlende Abstimmung.

Wir haben bereits damals klar gefordert und fordern es auch heute wieder: der Landkreis muss Teil des Stiftungsvorstandes werden. Nur so können wir als Landkreis unsere Verantwortung wahrnehmen und die notwendigen Entscheidungen aktiv begleiten.

Gleichzeitig müssen wir das zerschnittene Tuch zwischen Stiftungsspitze und Verwaltungsspitze kitten. Wir müssen zusammenarbeiten, lösungsorientiert handeln und endlich an einem Strang ziehen. Denn am Ende geht es nicht um Zuständigkeiten oder Prestige – es geht um die Gesundheitsversorgung der Menschen, die auf uns zählen. Die Unterstützung der St. Elisabeth Stiftung ist ein Schritt in die richtige Richtung.

### **Investitionen und steigende Zinsbelastung**

Ein weiteres drängendes Thema ist die Zinsbelastung. Wir erleben, dass die Zeiten niedriger Zinsen vorbei sind. Der Schuldendienst für den Landkreis steigt und das belastet uns finanziell und planerisch. Diese gestiegene Zinslast nimmt uns wertvolle Mittel, die wir eigentlich für dringend notwendige Investitionen bräuchten.

Wo fehlt es konkret?

- Schulen und Sporthallen: unsere Kinder und Jugendlichen brauchen moderne Lern- und Bewegungsräume.
- Kulturelle Einrichtungen: Kultur ist das Herzstück einer lebenswerten Region.
- Familienförderung und Wirtschaftsentwicklung: Familienfreundlichkeit und wirtschaftliche Stärke sind die Säulen unseres Landkreises.

Sport und Bewegung sind gerade für unsere Jugend unverzichtbar. Sporthallen sind nicht einfach nur Gebäude – sie sind Orte der Gemeinschaft, der Gesundheit und des Miteinanders. Die Investitionen von heute sind die Chancen von morgen.

### **Politische Teilhabe – Streaming der Kreistagssitzungen**

Transparenz und Teilhabe sind Grundlagen unserer Demokratie. Deshalb haben wir uns für das Streaming der Kreistagssitzungen eingesetzt. Doch bislang scheitert dieses Projekt an einem fehlenden Anbieter, der uns ein kosteneffizientes und bedarfsgerechtes Angebot macht.

Doch wir dürfen uns damit nicht zufriedengeben. Ich frage:

- Was wurde konkret getan, um das Angebot bekannt zu machen?
- Welche Werbemaßnahmen haben wir genutzt?
- Wurde das Thema an Schulen vorgestellt und in den Unterricht eingebunden?

Politische Bildung beginnt früh. Das Verständnis für Demokratie und Teilhabe muss gerade in der jungen Generation geweckt werden. Denn in einer Zeit, in der rechte Parteien durch Online-Populismus Zulauf gewinnen, müssen wir umso klarer und offener auftreten.

### **Digital Government – Künstliche Intelligenz in der Verwaltung**

Ein modernes, effizientes Verwaltungssystem ist keine Vision mehr – es ist eine Notwendigkeit. Der konsequente Einsatz von Digital Government und künstlicher Intelligenz wird unsere Verwaltung effizienter, schneller und bürgerfreundlicher machen.

Die Vorteile sind klar:

- Automatisierung von Routineaufgaben: KI kann Antragsbearbeitung, Terminvergaben oder Dokumentensuche übernehmen.
- Optimierte Ressourcen: Wir setzen Personal und Mittel dort ein, wo sie wirklich gebraucht werden.
- Bessere Entscheidungen: KI analysiert Daten und hilft, fundierte Entscheidungen zu treffen.

Ein Beispiel: digitale Assistenten und Chatbots könnten Bürgeranfragen rund um die Uhr beantworten und Verwaltungsmitarbeiter entlasten. Gleichzeitig schaffen digitale Aktenführung und automatisierte Berichterstattung mehr Transparenz und weniger Bürokratie.

Wir müssen jetzt die Weichen für eine zukunftsfähige Verwaltung stellen. Eine Verwaltung, die nicht nur Kosten senkt, sondern auch die Lebensqualität der Menschen verbessert.

### **Abschluss – Verantwortung übernehmen**

Meine Damen und Herren, der Landkreis Cloppenburg steht vor großen Herausforderungen. Doch wir haben die Chance, diese gemeinsam zu meistern. Mit einem soliden Haushalt, gezielten Investitionen und einer modernen, digitalisierten Verwaltung werden wir die richtigen Weichen für die Zukunft stellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

## Kreistagsabgeordneter Dunkel – Stellungnahme der GRÜNE-Fraktion

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen aus Verwaltung und Kreistag.

Wenn ich auf Reisen gefragt werde, wo ich herkomme, sage ich gern:  
„aus dem Landkreis der Superlative“.

Wir sind

- der **jüngste** Landkreis Deutschlands,
- waren lange der **schwärzeste**,
- hatten lange so ziemlich den **schlechtesten ÖPNV**,
- aber auch eines der dichtesten und besten **Fahrradwegnetze**,
- gehören zu den Landkreisen mit der **höchsten Viehdichte**,
- haben die **meistgenutzte Mautausweichstrecke** Deutschlands,
- neben Vollbüttel bei Gifhorn das **einzige Kinotechnikmuseum** –
- und das **größte Veterinäramt** Deutschlands.

Also alles super? Nein.

Genau heute vor einem Jahr haben wir den Haushalt 2024 beschlossen. Und wieder haben wir es geschafft, den neuen Haushalt vor Beginn des Haushaltsjahres fertigzustellen. Wieder keine Ehrenrunde. Dafür danken wir allen Beteiligten.

Aber der Haushalt 2025 macht uns allen große Bauchschmerzen. Der Landrat hat es unlängst gesagt: (Zitat) „**Die Verschuldung des Landkreises explodiert förmlich.**“

Warum ist das so? Ich möchte einige Punkte dazu ansprechen:

### **Konnexitätsprinzip:**

Die Aufgaben eines Landkreises sind vielfältig. Weit mehr als 90 Prozent des Haushalts gehen in die Finanzierung von Pflichtaufgaben und Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches. Das sind Aufgaben, vor denen wir uns als Landkreis und als Kreistag nicht drücken können und auch nicht drücken wollen. Das Problem ist nur, dass die von oben übertragenen Aufgaben schon seit langem nicht mehr auskömmlich von oben refinanziert werden. Da spielt es keine Rolle mehr, welche Farben gerade in Bund und Land regieren.

Als Kreistag haben wir eine Resolution verfasst, die den Landrat beauftragt, in Hannover genau dieses Problem zu schildern und einzufordern, dass die durch das Konnexitätsprinzip übertragenen Aufgaben auch ausreichend finanziell refinanziert werden. Der Landrat ist dem nachgekommen. Wir konnten Dienstag in der Presse lesen, dass alle Landkreise und kreisfreien Städte im Oldenburger Münsterland hier mit einer Sprache sprechen – wieder unabhängig von der jeweils politischen Farbe. Und das ist gut so.

Früher war das Konnexitätsprinzip in Niedersachsen nur **relativ**. 2006 es in ein **striktes** Konnexitätsprinzip gewandelt. Seitdem müssen alle übertragenen Aufgaben von der übertragenden Ebene vollständig refinanziert werden. Das ist aus verschiedenen Gründen nicht mehr der Fall. Und darum ist es gut und richtig, wenn die Landkreise sich hier zusammenschließen und nicht nur daran erinnern, sondern einfordern, dass alle übertragenen Aufgaben auch wirklich auskömmlich refinanziert werden.

Der Bund kann verfassungsgemäß Leistungen nicht direkt auf die Kommunen und Landkreise delegieren. Das geschieht immer mittelbar über die Länder. Die Gelder, die der Bund zur Refinanzierung gibt, gehen ebenfalls an die Länder, die gehalten sind, sie 1:1 weiterzugeben. Hier gibt es seit 2007 gravierende Unterschiede; einige Länder kriegen

überproportional viel, Niedersachsen eher nicht. Auch dadurch ergibt sich schon eine Schiefelage. Seit 2007. Wir können uns nicht wirklich ausmalen, was passiert, wenn diese Schiefelage der Refinanzierung der übertragenen Aufgaben so bleibt und noch zunimmt.

Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen sind die Haupteinnahmequellen des Landkreises, noch vor den Refinanzierungen durch Bund und Land. Die jetzt im Raum stehende Erhöhung der Kreisumlage um vier Punkte ist deshalb so wichtig, schon allein durch die gestiegenen eigenen Pflichtaufgaben mehr als gerechtfertigt. Warum sind die Pflichtaufgaben des Landkreises so gestiegen? Die Gebäude des Landkreises, vor allem seine Schulen, aber auch Straßen und Brücken, sind alle in die Jahre gekommen. Und seit geraumer Zeit nehmen wir viel Geld in die Hand, um sie zu sanieren, zu modernisieren. Das ist richtig und wichtig.

In den letzten Jahren haben wir immer wieder gesehen, dass das Jahresergebnis dann doch nicht ganz so schlecht war wie prognostiziert. Wir GRÜNEN halten es jedoch für gefährlich, hier nur auf das Prinzip Hoffnung zu setzen. Bund und Land müssen die übertragenen Aufgaben wieder vollständig auskömmlich refinanzieren. Anders geht's nicht. Wir haben auf allen Ebenen ein Einnahmeproblem.

Auf Bundes- und Landesebene wurde Jahrzehnte lang viel liegengelassen, das uns jetzt zum Stolpern bringt. So kann man natürlich auch ausgeglichene Haushalte auf dem Papier schaffen – die Schulden und Defizite stecken dann in maroden Straßen und Brücken, verfallenden Schulen und Krankenhäusern. Daher müssen Bund und Land auch ihre eigene Einnahmenseite erhöhen: Weil wir seit Jahren Milliarden und große, internationale Konzerne steuerlich massiv schonen, können auch Bund und Land ihre Haushalte nicht mehr vernünftig refinanzieren. Das ist der wahre Trickle-Down-Effekt, bei dem nämlich fehlende Einnahmen von oben nach unten durchschlagen. Und auch Steueroasen gibt es nicht nur in der Südsee, auch hier.

Karlsruhe hat festgestellt, dass es richtig war, sogenannte Übergewinne, die einige Wirtschaftsunternehmen gemacht haben, abzuschöpfen, um den Haushalt zu entlasten. Die Vermögenssteuer muss wieder eingesetzt werden. Sie wurde nie abgeschafft, sondern 1997 nur ausgesetzt. Auch eine Transaktionssteuer würde immens viel Geld in die Kassen des Bundes spülen, was den Superreichen nicht im Geringsten wehtun würde. Stattdessen wollen manche Parteien lieber bei den Schwächsten der Gesellschaft sparen. Das rächt sich irgendwann und stärkt den Unmut an den Rändern der Gesellschaft.

Sozialer Friede ist nicht selbstverständlich. Und Eigentum verpflichtet.

Wir als Landkreis könnten natürlich auch unseren Haushalt sanieren, indem wir einfach nichts mehr machen. Dann verfallen eben die kreiseigenen Schulen. Dann gibt's eben keinen ÖPNV mehr, den wir gerade zu verbessern begonnen haben. Wir kümmern uns einfach um nichts mehr von all dem, was wir jetzt leisten. Es sind noch nicht mal 10 Prozent des Haushalts, mit denen wir Aufgaben finanzieren, die wir in freier Entscheidung zum Wohle des Landkreises und seiner Bevölkerung übernommen haben. Einige davon könnten auch die Städte und Gemeinden des Landkreises selbst machen. Aber oft ist es sinnvoller, Aufgaben, die für alle gleich sind, beim Landkreis zu bündeln. Das ergibt Synergieeffekte und Kostenvorteile. Bestes Beispiel dafür ist ein beim Landkreis angesiedelter ÖPNV. Es gibt natürlich auch Aufgaben, die die Kommunen besser ausführen können als der Landkreis.

Unsere Städte und Gemeinden haben jetzt gefordert, dass der Landkreis in Zukunft einen Teil der Kindergarten-Betriebskosten mittragen soll. Selbstverständlich sind sich alle

Kommunen darüber im Klaren, dass sich das 1:1 auf die Kreisumlage auswirken wird. Und trotzdem halten wir GRÜNE dies nicht für eine Umschichtung „linke Tasche – rechte Tasche“. Es ist ein sinnvoller Ansatz, die gesetzlich garantierten Ansprüche auf Kinderbetreuung auch in Zukunft kreisweit sicherstellen zu können.

In dem Zusammenhang ärgert es mich jedes Jahr aufs Neue, dass einige Gemeinden im Landkreis ihre Finanzen dem Landkreis gegenüber nicht vernünftig offenlegen. Ich behaupte, dass sie Profiteure einer gemäßigten Kreisumlage-Erhöhung sind und sich so aus der Verantwortung stehlen, als bessergestellte Kommunen auch mehr beizutragen. Gestern war in der Presse zu lesen, dass Cloppenburg und Essen sehr gut dastehen. Wir GRÜNEN finden es richtig, wenn starke Schultern mehr tragen als schwache Schultern. Es spricht sachlich überhaupt nichts dagegen, die Kreisumlage pro Kommune individuell anzupassen. Außer, dass alle Kommunen ihre Zahlen dem Landkreis gegenüber offenlegen müssten. Wundert es nur uns GRÜNE, dass das nicht längst selbstverständlich ist?

### **Wirtschaftsförderung:**

Es gibt ein Nachhaltigkeitsnetzwerk im Oldenburger Münsterland, das Wege zur Transformation der Wirtschaft aufzeigt. Diese Transformation der Wirtschaft ist alles andere als „nice to have“. Sie ist überlebenswichtig in einer Zeit stetiger Änderungen und immer neuer Herausforderungen. Auch wir als Landkreis müssen uns immer wieder anpassen, alte Zöpfe abschneiden, bestehende Aufgaben hinterfragen, neue Aufgaben annehmen und den ganzen Landkreis fit für die Zukunft machen.

Wirtschaftsförderung bei uns darf nicht mehr heißen, Betriebshallen zu finanzieren, in denen anschließend nur 3 Leute arbeiten, wertvolle Flächen für neue Gewerbegebiete plattzumachen und in den Kommunen untereinander einen Wettbewerb um die niedrigste Gewerbesteuer zu veranstalten. Damit lockt man nur Betriebe innerhalb des Landkreises von A nach B, wie schon seinerzeit von Emstek in den Ecopark. Das ist „linke Tasche – rechte Tasche“.

Ein viel härterer Standortfaktor als eine gute Straßenanbindung ist heute eine schnelle Internet-Anbindung. Ein verlässlicher ÖPNV auch abseits der Schulbus-Fahrpläne hilft jungen Menschen aus den Dörfern, eine Ausbildung in anderen Orten zu absolvieren, auch wenn sie noch keinen Führerschein haben. Von außerhalb kommen Betriebe zu uns sicher nicht wegen einer Autobahn E233. Autobahnanbindungen gibt es überall.

Wirtschaftsfördernde Infrastruktur hat immer mit Menschen zu tun. Viele Menschen, die überlegen, der Arbeit wegen hierher zu ziehen, haben Familie. Und die fragt sich: Wie sieht es mit bezahlbarem Wohnraum aus? Wie sieht es mit der Kinderbetreuung aus? Welche Schulangebote gibt es? Wie ist die Gesundheitsversorgung? Was können wir hier unternehmen? Welche kulturellen Angebote gibt es? Wie steht es um ÖPNV, Freizeit, Erholung?

Eine echte Wachstumsbranche in unserem Landkreis ist der Grüne Tourismus – fünf Prozent Wachstum jedes Jahr. Da geht noch mehr, wenn wir es wollen und unterstützen. Warum sollte das hier nicht auch ein Superlativ werden?

Es gibt aber mindestens eine Aufgabe, die der Landkreis sich ohne Not und in völliger Selbstüberschätzung ans Bein gebunden hat. Von dieser Aufgabe hätte er besser die Finger gelassen. Natürlich wisst ihr alle, was ich meine: die E233.

Ich werde nicht aufhören, immer wieder darauf hinzuweisen, dass dieses Projekt komplett aus dem Ruder gelaufen ist. Mittlerweile liegt die handwerklich mittelmäßige Planung auf Eis

und vor Gericht. Die Kosten laufen weiter und weiter und haben längst alles Erträgliche überschritten. Der Nutzen wächst aber nicht mit. Aber die Landkreise und die Ideologen in der Politik halten sich fest an sehr wackeligen Zahlen, die einen Verkehrszuwachs behaupten, der mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat. Wo sollen denn die angeblichen 23 % Zuwachs an Lkw von 2030 bis 2040 herkommen? Das DIW, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, ermittelt seit Jahrzehnten die Verkehrszahlen und stellt fest, dass sich auf den Bundesstraßen die Verkehrsmengen kaum verändern. Sie stagnieren. Anders ist es auf immer weiter ausgebauten Strecken – da nimmt der Verkehr überproportional zu. Es war richtig und wichtig, die Hauptverkehrsader A1 sechsstreifig auszubauen. Aber mit dem unsinnigen Ausbau der E233 würden wir laut der Studien genau das bekommen, was wir vermeiden wollen: mehr als doppelt so viel Verkehr wie jetzt. Das ist ja ein ganz grandioser Plan.

Natürlich weiß man überall: Straßenbau erzeugt Verkehrszuwachs, er stoppt ihn nicht. Nur hier bei uns glaubt man immer noch, es sei sinnvolle Wirtschaftsförderung, in ein nachgewiesen unwirtschaftliches, nachgewiesen umweltschädliches, nachgewiesen unsinniges Straßenbauprojekt zu investieren – in der Hoffnung, die etwa 60 Millionen EUR für Planungsgelder und Grundstückskäufe irgendwann wiederzukriegen, zusammen mit blühenden Landschaften und einer Vollbeschäftigung. Ein paar Grundstücke hat der Bund jetzt übernommen. Na toll.

Daraus abzuleiten, dass deshalb für den Bund dieser Ausbau wichtig sei, ist denkbar naiv, bei insgesamt etwa 2.000 Straßenbauprojekten, die laut der Autobahn GmbH nicht alle finanzierbar sind. Der Bund lacht sich immer noch ins Fäustchen, dass sich unsere Landkreise für die Planung vorgedrängelt haben. Und die Planung dauert und dauert. Der Ausbau wird nie realisiert werden, allein schon, weil der Autobahn GmbH das Geld fehlt.

Dieser Alptraum würde uns alle mindestens 1,5 Milliarden EUR kosten. Die beiden Landkreise bekämen dafür wahrscheinlich 20 Jahre Großbaustellen, ewige Umleitungen, kaputtgefahrenen Nebenstrecken und immense Wirtschafts- und Umweltschäden. Genialer Plan. –  
Nein, wir hätten von Anfang an die Finger davon lassen sollen – diese Schuhe sind zehn Nummern zu groß für uns.  
Das ist ein Superlativ, auf den niemand stolz sein kann.

*Die Wirtschaft* gibt es übrigens nicht. Im Gegenteil: Viele hiesige Betriebe und Unternehmen hätten immense Schäden durch solche Zustände. Gar nicht super.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Ich weiß, dass es einfacher ist, über etwas nicht mehr nachzudenken, weil es schon länger läuft. Ich weiß, dass es manchmal Mut braucht, Stopp zu sagen und die Richtung zu wechseln. Aber niemand verliert sein Gesicht, wenn er ein unsinniges Monsterprojekt wie dieses fatale Erbe E233-Ausbau beendet. Vielleicht fliegt der E233-Ausbau schon mit der nächsten Bundesregierung aus dem Bundesfernstraßenausbaugesetz. Er ist nicht nötig und nicht finanzierbar.

Der Landrat hat uns letztes Jahr eingeladen, dem Haushalt doch zuzustimmen, (Zitat sinngemäß) „weil die E233-Planungen ja nur ein Bruchteil des Haushalts ausmachen“. Wenn man sich anschaut, wie wenig Geld von den ca. 400 Millionen Euro im Haushalt wir für eigene Themen in die Hand nehmen können – nicht mal 10 Prozent – dann ist der E233-Unsinn viel größer. Und er bleibt unwirtschaftlich, umweltschädlich und unverantwortlich.

Ich wiederhole mich: Wenn ich Landrat wäre, könnte und würde ich meinen Kopf dafür nicht mehr hinhalten. Und wir als Kreistagsmitglieder, die ebenfalls zum Wohle und nicht zum Schaden des Landkreises arbeiten müssen, dürfen dies erst recht nicht.

Uns kann doch niemand mehr erzählen, dass unsere heimische Wirtschaft irgendeinen Nutzen von geschätzten 20 Jahren Großbaustellen und mehr als doppelt so viel Verkehr, Lärm, Abgasen und Feinstaub wie heute hätte.

Es fallen nun mal keine Arbeitsplätze von Lkw runter.

Wer jetzt noch auf diesem Projekt beharrt, muss sich weiterhin vorhalten lassen, ideologisch verbohrt zu handeln und die Sachargumente, die das Projekt haben scheitern lassen, schlicht zu ignorieren – zum Schaden aller. Das nennt man Starrsinn.

Das gilt hier genauso wie im Bund und im Land.  
Peinliche Verkehrsminister hatten wir ja jetzt auch zur Genüge.

### **Apropos Straßen:**

Letztes Jahr stand ich hier und habe kritisiert, dass der Landkreis in Zusammenarbeit mit der Straßenbaubehörde Lingen, wo auch die dilettantische E233-Planung läuft, nicht hinbekommen hat, eine kleine Brücke über einen kleinen Graben auf einer kleinen Kreisstraße in Bunnen binnen eines Jahres zu bauen. Und jetzt, ein Jahr weiter, sind noch immer keine Fahrbahnmarkierungen aufgebracht. Ich frage mich, was da los ist bei uns und in Lingen. Das ist mehr als peinlich – und darüber hinaus auch gefährlich.

Wir sollten auch schneller fertig werden mit unserem Kreisstraßen-Verbreiterungsprogramm. Es dürften ja nicht mehr so viele sein. Das Radweg-Verbesserungskonzept muss weitergeführt werden. Auch für den Grünen Tourismus sind Radwege notwendiger als Landstraßen.

### **Ein letztes Wort zum Haushalt:**

Wir GRÜNE hatten mit einem Antrag im Kreisausschuss darum gebeten, dass wir einen (Zitat) „kommentierten Vorbericht zum Haushalt“ schon in den Haushaltsberatungen bekommen. Dies wurde mehrheitlich abgelehnt, weil die CDU der Meinung war, ihr bräuchtet keine Kommentierung durch die Kreisverwaltung und wolltet euch eure eigenen Gedanken machen. Auch wir lassen uns das Denken nicht abnehmen. Darum geht es hier auch gar nicht.

Unser Antrag war in doppelter Hinsicht unglücklich gestellt. Zum einen war er für den November-Kreisausschuss einen Tag zu spät eingereicht. Zum anderen aber war die Formulierung „Haushaltskommentierung“ etwas irreführend gewählt und schlecht erklärt. Tatsächlich ging und geht es um Folgendes:

Wir alle bekommen von der Kreisverwaltung zur Beratung des Haushalts immer einen sogenannten „Vorbericht“, der dieses Jahr aus 7 Seiten nackten Tabellen besteht. Letztes Jahr haben wir eine Haushaltsfassung beschlossen, wo diese Vorbericht-Seiten gar nicht enthalten waren. Der dann beschlossene und veröffentlichte Haushalt 2024 enthielt auf einmal 60 Seiten Vorbericht, mit ausführlichsten Kommentierungen.

Der Vorbericht eines kommunalen Haushalts ist nach § 1 der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung als eine von verschiedenen Anlagen originärer Teil des Haushaltsplans, den der Kreistag zu beschließen hat. Der Vorbericht muss allerdings nach § 6 Satz 2

tatsächlich (Zitat) „eine wertende Analyse der finanziellen Lage und ihrer voraussichtlichen Entwicklung“ umfassen. Diese wertende Analyse kriegen wir aber seit Jahren immer erst dann zu lesen, wenn wir den Haushalt schon beschlossen haben.

Das kann formal nicht richtig sein und wir Kreistagsmitglieder als beschließendes Gremium sollten darauf bestehen, dass wir diese wertende Analyse der finanziellen Lage und ihrer voraussichtlichen Entwicklung vorher bekommen. Sie wird ja eh ständig fortgeschrieben.

Der Gipfel ist, dass wir den kommentierten Vorbericht für den Haushalt 2025 heute morgen bekommen haben, fortgeschriebene 68 Seiten mit wertender Analyse. Oh Wunder. Kann es damit zu tun haben, dass wir nach dem Ablehnen unseres Antrags im Kreisausschuss die Kommunalaufsicht gefragt haben, ob das eigentlich so richtig ist? Die Kommunalaufsicht wiederum fragte die Verwaltung, was denn da los sei – und auf einmal geht das, was nach unserem Antrag nicht gehen sollte?

So können wir keine vernünftigen Haushaltsberatungen machen. Diese wertende Analyse der Kreisverwaltung brauchen wir zu Anfang der Beratungen, nicht erst heute. Eigentlich könnten wir heute nicht mal den Haushalt beschließen.

Und das ist der zweite Grund, warum wir GRÜNE dem Haushalt 2025 nicht zustimmen werden.

Wir brauchen, wie schon vor Jahren gefordert, als Kreistag einen eigenen Finanzausschuss, der die finanzielle Lage und ihre voraussichtliche Entwicklung ausführlich debattieren und planen kann.

Was machen wir denn bisher im eigenen Wirkungskreis?

Wir agieren zu wenig, wir reagieren zu viel.  
Wir gestalten zu wenig, wir verwalten zu viel.

Es gibt so viele wichtige Projekte, die wir vor der Brust haben: Die Verbesserung des ÖPNV ist in Arbeit – uns GRÜNEN natürlich zu langsam. Es sind immer noch Schulen zu sanieren. Die Zukunft der Krankenhäuser wird uns weiter beschäftigen. Was würde unseren Landkreis weiter stärken für die Zukunft? Unsere Boombranche „Grüner Tourismus“ wird zu wenig gefördert. Zur Steigerung der Lebensqualität braucht es neben den vielen Sportangeboten auch viel mehr Kultur-Angebote.

Wir haben so viele kreative Betriebe und kluge Köpfe vor Ort. Manche davon entwickeln Technologien, die richtigweisend sind. Eine ernsthaft vorstellbare Universität im Landkreis Cloppenburg, die Forschung und Lehre an diesen Stärken ausrichtet, würde dem Landkreis der Superlative wieder einen gewaltigen Schub nach vorne geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Haushalte kommen und gehen. Aber über allem steht die zentrale Aufgabe von Verwaltung und Kreistag, Schaden vom Landkreis abzuwenden und zum Wohle der Bevölkerung zu planen und zu entscheiden.  
Das ist unsere Aufgabe.

Vielen Dank.“

Kreistagsvorsitzender Schröder stellte die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses wie folgt vor und ließ darüber abstimmen:

Der Kreisausschuss beschloss, dem Kreistag zu empfehlen, die Haushaltssatzung nebst Haushalts- und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2026 bis 2028 zu erlassen und die Kreisumlage um vier Punkte zu erhöhen und auf 41 % festzusetzen.

**Der Kreistag beschloss mehrheitlich bei 18 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung, die Haushaltssatzung nebst Haushalts- und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2026 bis 2028 zu erlassen und die Kreisumlage um vier Punkte zu erhöhen und auf 41 % festzusetzen.**

## **28. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten und wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

---

### **Beschlüsse des Kreisausschusses**

Landrat Wimberg, Vorsitzender des Kreisausschusses, berichtete über folgende Beschlüsse des Kreisausschusses:

#### Sitzung des Kreisausschusses vom 14.11.2024:

Annahme von Zuwendungen für die Kreisfeuerwehr  
Vorlage: V-KA/24/803

-----  
Der Kreisausschuss stimmte der Annahme der Einzelspenden für die Durchführung des Pfingstzeltlagers 2024 an die Kreisfeuerwehr zu.

In der Sitzung des Kreisausschusses am 14.11.2024 sei 1 Antrag auf Gewährung eines Zuschusses aus der Kreisschulbaukasse gewährt worden, der zuvor in der Sitzung des entsprechenden Fachausschusses bereits thematisiert worden sei.

#### Sitzung des Kreisausschusses vom 05.12.2024:

Linie 380 Oldenburg-Edeweicht-Barßel  
Vorlage: V-KA/24/808

-----  
Der Kreisausschuss stimmte zu, das Angebot des Landkreises Ammerland mit der nunmehr optimierten Taktung anzunehmen und beauftragte die Verwaltung damit, auf Grundlage der angegebenen Taktung eine Kooperationsvereinbarung mit den Landkreis Ammerland zum Weiterbetrieb der L 380 abzuschließen.

In der Sitzung des Kreisausschusses am 05.12.2024 seien 6 Anträge auf Gewährung eines Zuschusses nach der Sportförderungsrichtlinie gewährt worden, die zuvor in der Sitzung des entsprechenden Fachausschusses bereits thematisiert worden seien.

## **Weihnachtsgrüße des Landrates**

Landrat Wimberg dankte den Anwesenden für ihr Engagement im Kreistag des Landkreises Cloppenburg und in anderen Bereichen und wünschte das Beste für das Jahr 2025, was mit Herausforderungen verbunden sein werde.

Er wünschte sich, dass der konstruktive Geist im Kreistag erhalten bleibe und merkte an, dass Zusammenhalt wichtig sei.

Sodann wünschte er allen frohe Weihnachten.

## **29. Anregungen und Beschwerden**

---

Anregungen und/oder Beschwerden lagen nicht vor.

## **30. Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)**

---

Entsprechende Anfragen lagen nicht vor.

## **31. Mitteilungen**

---

### **Sitzordnung**

Landrat Wimberg teilte mit, die heutige neue Sitzordnung des Kreistages sei ein Testlauf. Man müsse schauen, ob diese so beibehalten werden solle.

### **Kreistagsstreaming**

Landrat Wimberg wies darauf hin, dass die Live-Übertragung der heutigen Kreistagssitzung wegen technischer Probleme nicht angeboten werden konnte.

## **Weihnachtsgrüße des Kreistagsvorsitzenden**

Kreistagsvorsitzender Schröder wünschte allen frohe Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2025.



Um 19:10 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer/in